



**SOZIALDEMOKRATEN  
FÜR EUROPA**

**Service der SPD für Presse, Funk, TV.**

10

20

30

40

50

60

Inoffizielle deutsche Fassung

WAHLMANIFEST 1989

(nach der Sitzung vom 9. Februar 1989  
in Brüssel geänderte Fassung)

1. 1992 ist ein entscheidendes Datum für die Bürger Europas. Der Termin fällt in die Mitte der Legislaturperiode des Europäischen Parlaments, das wir wählen werden. Wir können mit unserer Beteiligung die Entscheidung über die Gestaltung des zukünftigen Europas an führender Stelle mitbestimmen. Wir wollen ein geeintes Europa, in dem Wohlstand und sozialer Fortschritt wachsen, ein Europa, das bewohnbar, demokratisch und weltoffen ist.
2. Der Horizont 92 bedeutet die Verwirklichung einer Gemeinschaft ohne Grenzen mit freiem Verkehr für Personen, Güter, Dienstleistungen und Kapital. Wir müssen entscheiden, wie Europa aussehen soll : mehr Freiheit nur für die Wirtschaft oder auch mehr Beschäftigung und sozialer Fortschritt ; ein Land, in dem man leben kann oder ein Land, in dem die Natur unwiederbringlich zerstört ist. Die Sozialdemokraten und Sozialisten der Gemeinschaft sind davon überzeugt, dass es ein Schritt zur Verwirklichung einer Gesellschaft mit mehr Freiheit, mehr Wohlstand und mehr Gerechtigkeit für alle sein muss.
3. Wir wollen ein geeintes Europa, weil wir davon überzeugt sind, dass die frei gewählte Union unserer Völker die Voraussetzung für ein Leben in Frieden und Wohlstand in der heutigen Welt ist. Die Geschichte hat dafür den Beweis geliefert : unsere Völker haben durch die Entscheidung, ihr Schicksal unter Wahrung ihrer Vielfalt gemeinsam in die Hand zu nehmen, eine bis dahin nie gekannte Epoche des Friedens und der Zusammenarbeit erlebt.
4. Kein Land in Europa kann den Herausforderungen unserer Epoche allein begegnen. Durch die europäische Zusammenarbeit aber kann der Frieden gesichert, sozialer Fortschritt erreicht und die Umwelt geschützt werden.
5. Auch nach 200 Jahren haben die Ideale der Revolutionäre von 1789 - Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit - nichts von ihrer Gültigkeit verloren. Für uns ist es kein utopisches, altmodisches Ideal, die Freiheitsräume der Menschen zu erweitern, soziale Gerechtigkeit herzustellen und Chancengleichheit zu sichern.
6. Unser Kampf für die Menschenrechte, für die Durchsetzung der sozialen Gerechtigkeit und für Chancengleichheit hat dazu beigetragen, dass die Mehrzahl der Bürger der Europäischen Gemeinschaft in einer Gesellschaft lebt, in der Freiheit, ein hohes Mass an sozialer Sicherheit und eine höhere Lebensqualität weitgehend verwirklicht sind. Dennoch leben von den 320 Millionen Einwohnern 44 Millionen in Armut. Die Stärkung der sozialen Gerechtigkeit und die Bekämpfung der Armut sind jedoch durch die Politik der Rechten bedroht. Die Vollendung des Binnenmarktes eröffnet neue Möglichkeiten und wirft neue Probleme auf. 1992 wird nur dann im Interesse

aller Bürger der EG sein, wenn die Integration nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die sozialen Aspekte umfasst. Wir können keinen schrankenlosen Binnenmarkt, in dem die soziale Dimension vernachlässigt würde, akzeptieren.

7. Deshalb ist eine aktive Sozialpolitik der Gemeinschaft erforderlich, die gleichrangig mit der Wirtschafts- und Agrarpolitik verfolgt werden muss. Für uns Sozialdemokraten soll Europa allen seinen Bürgern und Bürgerinnen, ob sie nun im Erwerbsleben stehen oder bereits im Rentenalter sind, soziale Sicherheit, Beschäftigung und akzeptable Arbeits- und Lebensbedingungen garantieren.

8. Wir haben die Aufgabe, ein umfassendes Programm für eine harmonische Entwicklung zu entwerfen, die folgende Aspekte umfasst :

die Vollendung des Binnenmarktes mit einer kooperativen, selektiven Wachstumsstrategie zur Schaffung von Arbeitsplätzen, verbunden mit der Wirtschafts- und Währungsunion;

- die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts in doppelter Hinsicht :
    - Solidarität zwischen den Staaten und Regionen der Gemeinschaft durch Angleichung des Entwicklungsstandes,
    - Sozialraum Europa auf der Grundlage hoher sozialer Standarde, des Dialogs zwischen den Sozialpartnern, eines funktionierenden Gesundheits- und Sozialversicherungswesens und der Gewinnverteilung an alle, insbesondere an die Bedürftigen.
  - Umweltschutz im europäischen Rahmen, der mit einer ausgewogenen Entwicklung unserer Gesellschaften in technologischer und wissenschaftlicher Hinsicht Hand in Hand gehen muss.
  - den demokratischen Aufbau Europas. Die Gemeinschaft orientiert sich an den demokratischen Grundsätzen und setzt sich aus zwölf Staaten, die parlamentarische Demokratien sind, zusammen. Deshalb muss auf institutioneller Ebene ein Schritt nach vorn getan werden, um das Europa der Bürger zu schaffen.
9. Wir wollen in Europa eine Zone des Ausgleichs und der Sicherheitspartnerschaft aufbauen. Gegenseitige Bindungen und Vertrauen sind dabei die stärksten Trümpfe.

10. Für die Sozialdemokraten ist das Europa der Bürger, in dem wir alle als Europäer im Rahmen demokratischer Institutionen das Stimmrecht besitzen, der Schlüsselbegriff für das Europa, das wir aufbauen wollen.

Je wichtiger Europa wird, desto stärker muss das Europäische Parlament sein. Die Einigung Europas ist nicht nur Sache der Regierungen und der Experten, sie muss auch Sache der Bürger Europas sein.

11. Wir wollen ein wirtschaftlich starkes Europas, dessen Wirtschafts- und Finanzkraft ausreicht, um das Wirtschaftswachstum zu gewährleisten, das für die Erzielung von Vollbeschäftigung und sozialer Absicherung erforderlich ist. Wir benötigen ein selektives Wirtschaftswachstum mit folgenden vorrangigen Zielen : Vollbeschäftigung, wirtschaftlicher Zusammenhalt, soziale Sicherheit, Umweltschutz und Solidarität mit der Dritten Welt.

12. Eine Europäische Gemeinschaft mit einer selektiven und kooperativen Wachstumsstrategie kann im kommenden Jahrzehnt eine der dynamischsten Regionen der Weltwirtschaft werden, ein Schwerpunkt wirtschaftlicher Tätigkeit, der aktiv dazu beitragen kann, den Welthandel zu stabilisieren und damit das Auf und Ab zu unterbinden, das weltweit aufgrund der aktuellen Instabilität der Kapitalmärkte und der finanzpolitischen Entscheidungen herrscht.

Wir würden damit auch die industriellen und technologischen Fortschritte machen, die erforderlich sind, um den Herausforderungen der USA, Japans und der neuen Industrieländer zu begegnen.

Gleichzeitig werden wir in entscheidender Weise zur Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung mit dem Ziel eines stärkeren Wachstums der Entwicklungsländer und der Bereinigung der Verschuldungskrise beitragen.

13. Zur Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion schlagen wir eine Politik vor, die

koordiniert ist, mit einem Wachstumspotential, das grösser ist als die Summe der Wachstumspotentiale der einzelnen Länder, so dass die gewinnbringenden Effekte aus der Öffnung der Grenzen genutzt werden. Zu diesem Zweck ist es nötig, die Gemeinschaftsinstitutionen zu fördern, so dass sie in der Lage sind, eine Wachstumspolitik zu gewährleisten. Insbesondere beim Einsatz des Instrumentariums der Industriepolitik, der Forschungs- und Technologiepolitik, der Verkehrspolitik sowie der Finanz- und Währungspolitik muss nach mehr Konvergenz gestrebt werden ;

diversifiziert ist, um den unterschiedlichen Bewegungsspielraum zu nutzen. Der positive Effekt der Erweiterung allein reicht nicht aus. In den Ländern mit hoher Wirtschaftskraft sollte eine ausgewogene und realistische Wachstumspolitik betrieben werden, um Arbeitsplätze und Wohlstand für alle zu schaffen, und der wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt gefördert werden;

selektiv ist, denn Wachstum allein wird nicht ausreichen, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Die Arbeitslosigkeit ist ein allgemeines Problem, wenn auch mit nationalen und regionalen Unterschieden. Sie muss deshalb durch gezielte und qualitative Massnahmen unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Faktoren und Situationen bekämpft werden.

14. Die Schaffung von Arbeitsplätzen bleibt eines unserer Hauptziele. Wir müssen eine aktive Politik zur Schaffung von Arbeitsplätzen führen. Die Gemeinschaft muss in einer Zeit, in der Reichtum zunimmt, auch den über 16 Millionen Bürgern ohne Arbeit das Recht auf Arbeit gewährleisten. Gleichberechtigung und Chancengleichheit in bezug auf Arbeit muss für alle gelten, für Männer, für Frauen, für junge Menschen.

Angesichts der Bedeutung der Qualität des allgemeinbildenden Schulwesens für die Persönlichkeitsentwicklung, aber auch für die Qualität der künftigen Arbeitsbeziehungen ist es gerechtfertigt, nach einem möglichst hohen Schulabschluss zu streben. Denn von der Arbeitslosigkeit betroffen sind heute in erster Linie Menschen mit unzulänglichem Bildungs- und Schulniveau. Wir unterstützen daher folgende Initiativen :

- Eines der Hauptziele besteht darin, die Unternehmen, besonders die aus dem Bereich der Zukunftstechnologien, an den Ausbildungsplänen für Jugendliche und Frauen mit zu beteiligen. Die Europäische Gemeinschaft muss in Übereinstimmung mit den Sozialpartnern Pläne zur Verlängerung der beruflichen Ausbildung in den Betrieben fördern und so dazu beitragen, die Schranken, die den Jugendlichen und Frauen den Zugang zur Arbeitswelt versperren, zu durchbrechen.
- Jeder Jugendliche in der EG muss eine berufliche Ausbildung erhalten. Die Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten müssen ihre gemeinsamen Anstrengungen auf die Erhaltung und Verstärkung der Austauschprogramme für junge Arbeitnehmer und Studenten ausrichten, wobei die Chancengleichheit von Frauen und Männern zu gewährleisten ist.
- In Ergänzung der industriellen Zusammenarbeit innerhalb der EG muss eine engere Zusammenarbeit zwischen den Universitäten der Mitgliedstaaten erreicht werden. Mit der Verstärkung der Beziehungen zwischen den Universitäten eröffnen sich Möglichkeiten, die systematisch genutzt werden müssen.

- Im Bereich höherer Bildung muss die Förderung der Universitäten den gleichen Rang erhalten wie die der Industrie. Bis Mitte der 90er Jahre wollen wir erreichen, dass jeder zehnte Student wenigstens ein Jahr lang in einem Nachbarland studiert.

15. Die Entwicklung des einheitlichen Binnenmarktes wird den gegenwärtigen Prozess der industriellen Reorganisation in Europa noch verstärken. Bereits heute erkennen die europäischen Unternehmen die Notwendigkeit, durch Fusionen und Unternehmensbeteiligungen über die Grenzen hinweg zusammen zu arbeiten. Angesichts dieser Tatsache ist es erforderlich, wohlgedachte Wettbewerbsbedingungen und eine Industriepolitik zu entwickeln, um die mit der Konzentration und Zentralisierung im Produktions- und Dienstleistungssektor verbundenen Probleme zu mildern. Wir brauchen daher eine neue Industrie- und Regionalpolitik, aber auch die bestehenden Politiken müssen in beträchtlichem Masse verstärkt werden, damit sich das Wirtschaftswachstum über die ganze Gemeinschaft gerecht verteilt und das Jahr 1992 allen Bürgern Europas Nutzen bringt.

Die Realisierung des Binnenmarktes erfordert sektorielle und regionale Umstrukturierungen. Eine gemeinsame Industriepolitik, sowohl in den Zukunftsbranchen und der Spitzentechnologie als auch in den traditionellen Sektoren zur Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit, ist deshalb unerlässlich. Damit Europa ohne Grenzen eine Realität wird, muss ein europäisches Infrastrukturprogramm für ein Verkehrssystem mit Vorrang für den öffentlichen Verkehr sowie ein Telekommunikationssystem aufgelegt werden.

16. Die beste Antwort ist, den besten Ressourcen, und das heisst den menschlichen Ressourcen Vorrang einzuräumen. Dies erfordert eine Ausweitung des Sozialfonds zur Förderung der Berufsbildung, die Bündelung der Erfahrungen in bezug auf Fort- und Weiterbildung und die Wahrung eines hohen Qualitätsstandards.
17. Die wissenschaftliche und technologische Forschung ist von ganz wesentlicher Bedeutung. Neben den von anderen Organisationen wie den Forschungszentren oder von den Regierungen geförderten Initiativen ist die Realisierung des mehrjährigen Rahmenprogramms für Forschung und Technologieentwicklung, das eine Konzertierung der bis dahin unkoordinierten Bemühungen zustande brachte, nach unserer Auffassung ein wichtiges Instrument für Europa, um sich in den Spitzen-sektoren der Wirtschaft zu behaupten.

18. Die sinnvolle Umverteilung von Arbeit kann ebenfalls zur Schaffung von Arbeitsplätzen führen. Bei der Durchführung der Arbeitszeitverkürzung im Rahmen der 35-Stunden-Woche und der Gestaltung der Arbeitszeit, die Gegenstand von Verhandlungen sein sollten, müssten die Produktivitätssteigerungen in den Betrieben berücksichtigt werden.  
Ebenso ist der Schutz der nicht erneuerbaren natürlichen Lebensgrundlagen ein weiterer Faktor, durch den Arbeitsplätze geschaffen und höhere Lebensqualität erzeugt werden können.
19. Neben den öffentlichen Investitionsanstrengungen, die zur Steigerung des Arbeitsplatzpotentials unentbehrlich sind, kommt den Unternehmen, die innerhalb eines integrierten europäischen Marktes in immer stärkerem Masse grenzüberschreitend tätig sind, eine wichtige Bedeutung zu. Die Arbeitnehmer müssen jedoch durch entsprechende Information und Beteiligung an den Entscheidungen im Rahmen der bestehenden Modelle, Traditionen und Errungenschaften am Entstehen der Entwicklungsstrategien der Unternehmen umfassend mitwirken können. Wir Sozialdemokraten glauben, dass die kleinen und mittleren Unternehmen und der Genossenschaftssektor besonders im Hinblick auf den Arbeitsmarkt wirtschaftlich und sozial ein stabilisierendes Element bilden können.
20. Die Instabilität des internationalen Währungsmarktes als Folge unausgeglichener Zahlungsbilanzen und spekulationsbedingter Schwankungen bei den Kapitalbewegungen bremst das Wirtschaftswachstum und behindert somit eine Zunahme der Produktivinvestitionen. Eine bessere internationale Zusammenarbeit zur Errichtung eines stabileren internationalen Währungssystems auf der Grundlage verantwortungsbewusster Wirtschafts- und Währungspolitik ist daher von entscheidender Bedeutung.  
In den vergangenen zehn Jahren ist das Europäische Währungssystem, wenn auch nur teilweise, zum Ausdruck des europäischen währungspolitischen Zusammenhalts geworden. Zur Verbesserung seiner Arbeitsweise und Stärkung seiner Kohärenz sollte es umgestaltet werden. Angesichts ihrer Handelskraft und des kommenden einheitlichen Binnenmarktes darf die Europäische Gemeinschaft ihre Wirtschaft und ihre Sozialpolitik nicht den Kursschwankungen von Drittwährungen wie dem Yen oder dem Dollar unterwerfen. Auch hier müssen die europäischen Interessen Vorrang haben.
21. Es wäre sehr sinnvoll, den europäischen währungspolitischen Zusammenhalt durch die Einführung einer Konsultationspflicht zwischen den Währungsbehörden zu stärken, um die einzelstaatlichen Interventionsmassnahmen und die Währungspolitiken sowohl im Hinblick auf die Wechselkurse als auch im Hinblick auf die Errichtung eines stabileren und ausgewogeneren neuen internationalen Währungssystems zu koordinieren.

Das Europäische Währungssystem ist ein Mittel zur Erlangung einer europäischen Währungsidentität zur Verteidigung der Interessen der europäischen Bürger und der Schaffung der Voraussetzungen für ein ausgewogeneres Wirtschaftswachstum. Das EWS darf kein Selbstzweck sein, es ist vielmehr ein Instrument für mehr Stabilität der Wechselkurse. Gleichzeitig soll es die Einführung einer nicht inflationären wirtschaftlichen Expansionspolitik ermöglichen.

Das Ziel des EWS könnte durch die Integration der dem Wechselkurssystem noch nicht angeschlossenen europäischen Währungen erreicht werden. Dabei müssten aber die unterschiedlichen wirtschaftlichen Bedingungen jedes Landes berücksichtigt und begleitende Massnahmen zur Verhinderung von schweren Störungen der Finanz- und Kapitalmärkte ergriffen werden.

22. Jede auf das Ziel der Schaffung eines Europäischen Währungsfonds gerichtete Stärkung des monetären Zusammenhalts in der Europäischen Gemeinschaft kann nur bei einer verbesserten demokratischen Kontrolle der Währungspolitik erfolgen, damit u.a. eine Anarchie auf dem integrierten europäischen Kapitalmarkt vermieden wird.

Eine Integration der Kapitalmärkte setzt aber voraus, dass sich die Gemeinschaft wenigstens ein kohärentes System von Regeln und Informationsverfahren gibt, damit die Transparenz der Transaktionen und die Kontrolle der Art Erwerbungen von Unternehmensaktien (bei Handels-, Finanz- und Industrieunternehmen) sichergestellt wird. Nur so können die legitimen Interessen der Arbeitnehmer und Sparer geschützt und die Übereinstimmung der dabei verfolgten Ziele mit den politischen und sozialen Grundsatzentscheidungen gewährleistet werden.

Die Integration der Kapitalmärkte muß auf wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung, insbesondere durch optimale Finanzierung und niedrigere Investitionskosten, abzielen.

Gegen Steuerbetrug und Steuerflucht sollten gemeinsame Maßnahmen ergriffen werden.

Es sollte nicht zu einer Situation kommen, wo nur die Einkommen aus Erwerbsarbeit besteuert werden.

23. Im Bereich der Landwirtschaft müssen die mit der Einführung eines Systems von Stabilisatoren und sozio-strukturellen Massnahmen eingeleiteten Reformen fortgesetzt werden. Auf diese Weise können unerwünschte Überschussproduktionen verhindert und die Kleinbauern, besonders in den benachteiligten Regionen, geschützt werden.

Der Zusammenhang zwischen Landwirtschaft und Umwelt muss stärker in den Vordergrund gerückt werden. Eine umweltschonende Nahrungsmittelproduktion muss gefördert werden. Für die Produktion, die Verarbeitung und die Vermarktung von



Nahrungsmitteln müssen strengere Maßstäbe gelten, und zwar sowohl um sicherzustellen, dass die Nahrungsmittel nicht mit Chemikalien belastet sind, als auch zum Schutz der Verbraucher und der Natur. Saubere Luft, sauberes Wasser und saubere Böden sind lebenswichtig und müssen daher Vorrang vor allem anderen haben. Die Landwirtschaft soll nicht nur der Erzeugung von Nahrungsmitteln, sondern auch dem Landschaftsschutz und der Landschaftspflege dienen.

Daneben bietet die Umstellung auf eine Förderung von Wiederaufforstungs-Programmen eine Alternative, die für die Kleinbauern in den benachteiligten Regionen eine zusätzliche Einnahmequelle darstellen kann und die Umwelt weniger belastet.

Es liegt im Interesse aller Europäer, die ländlichen Gemeinschaften zu stärken und zu bewahren. Die Aufstockung der Strukturfonds ermöglicht dank der integrierten Entwicklungsprogramme die Förderung des ländlichen Raums. In vielen benachteiligten Regionen muss der Lebensstandard verbessert werden. Dazu müssen die Dienstleistungen und die Infrastruktur ausgebaut und alternative Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden, darunter auch Teilzeitarbeitsplätze für Kleinbauern und deren Familienangehörige, die durch die Hof- und Feldarbeit nicht mehr ausgelastet sind. Auf den Weltagrarmärkten muss im Rahmen der GATT-Verhandlungen das Gleichgewicht durch Produktions- und Handelsabkommen unter Berücksichtigung der Interessen der Entwicklungsländer wiederhergestellt werden.

24. Die Fischerei ist eine Wirtschaftsbranche mit einer hohen Zahl von Beschäftigten und erwirtschaftet durch Industrialisierung und Vermarktung einen hohen Mehrwert. Für die unmittelbare Zukunft besteht die Aufgabe in der Erhaltung, der Modernisierung und im Ausbau dieses Sektors, gleichzeitig müssen aber die Fischbestände geschützt und das ökologische Gleichgewicht gewahrt werden. Die soziale Verantwortung für den Fischereisektor muss sich in Reformen konkretisieren, um die Arbeitnehmer auf See den anderen Arbeitnehmern gleichzustellen.
25. Die Inselregionen an der Peripherie der Gemeinschaft sind mit besonderen Problemen konfrontiert, für die differenzierte Lösungen notwendig sind.
26. Der Aufbau der Europäischen Gemeinschaft darf kein negativer Integrationsprozess sein, in dem alle Regeln systematisch zerstört werden, wie dies die Verfechter der Deregulierung propagieren. Der Aufbau Europas muss eine gemeinsame konstruktive Aufgabe sein.

27. Wir wollen ein solidarisches Europa, das aus einem gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialraum besteht und mehr ist als nur eine Freihandelszone. Daher sind wir der Auffassung, dass die Entwicklung des Binnenmarktes Hand in Hand gehen muss mit einer aktiven Politik des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts.
28. In der Zwölfer-Gemeinschaft bestehen riesige Unterschiede in der Entwicklung und in den Lebensbedingungen. Mehr als 60 Millionen Europäer leben in Regionen mit einem Pro-Kopf-Einkommen, das um 25 % oder mehr unter dem Gemeinschaftsdurchschnitt liegt. Ebenso muss man berücksichtigen, dass der Prozess der Schaffung des Binnenmarktes keine gleichmässige Verteilung der Gewinne über ganz Europa nach sich zieht. Wir erleben umfangreiche Prozesse der industriellen Umstrukturierung und regionalen Umverteilungen, die noch anhalten werden und bei denen es Gewinner und an den Rand Gedrängte geben wird, wenn nicht Kompensationsmassnahmen vorgenommen werden.
29. Der wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt fand seinen ersten konkreten Ausdruck in der Solidarität zwischen den Regionen. Die Sozialdemokraten sind der Auffassung, dass die Verdopplung der Strukturfonds für 1993 einen Minimalkompromiss darstellt, der in die Realität umgesetzt werden muss. Um dies zu erreichen, ist es notwendig, auf allen Ebenen koordiniert zu arbeiten - lokal, regional, einzelstaatlich und EG-weit - damit integrierte Gemeinschaftsprogramme entwickelt werden.
30. Für eine wirksame Regionalpolitik ist mehr als eine Haushaltsaufstockung erforderlich. Es bedarf des politischen Willens zum Strukturwandel und der Integration der regionalen Kriterien in alle Aspekte der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Ohne die Verwirklichung einer Regionalpolitik läuft der gemeinschaftliche Integrationsprozess Gefahr, ins Stocken zu geraten.
31. Wir müssen unsere Anstrengungen vorrangig auf die Entwicklung der am stärksten benachteiligten Regionen konzentrieren, die unter Punkt 1, 2 und 5 der Rahmenverordnung für die Strukturfonds genannt sind (strukturschwache Regionen, Regionen im industriellen Niedergang, Strukturentwicklung und Entwicklung der ländlichen Gebiete), ohne dabei jedoch die Punkte 3 und 4 - Kampf gegen die Langzeitarbeitslosigkeit, berufliche Ausbildung und Eingliederung Jugendlicher und Frauen - zu vernachlässigen.

32. Das Ziel des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts gilt jedoch nicht nur für die Politik des regionalen Ausgleichs. Es sollte die Richtschnur für jede Art von Politik der Gemeinschaft sein. Zusammenhalt erschöpft sich nicht im Prinzip der Solidarität, sondern erfordert darüberhinaus

- Konvergenz der Wirtschaftspolitiken, Harmonisierung der Sozialpolitiken im fortschrittlichen Sinne sowie Harmonisierung der Steuerpolitiken in dem Maße, wie der Binnenmarkt dies erfordert und ohne daß dadurch die staatlichen Einnahmen eingeschränkt würden.
- Annahme von einheitlichen Industrienormen, damit ein einheitlicher Markt besonders für Erzeugnisse der Spitzentechnologie entsteht, deren Entwicklung durch die Zersplitterung des europäischen Marktes aufgehalten wurde,
- Berücksichtigung der unterschiedlichen Produktionskapazitäten, Produktionsbedingungen und Agrarprodukte bei der Anwendung der gemeinsamen Agrarpolitik,
- gemeinsame Verantwortung für die Erhaltung der Umwelt, wobei die besonderen Probleme jedes Landes berücksichtigt werden müssen.

So wie es in jedem einzelnen Land gegenüber den verschiedenen Regionen geschieht, muss bei allen Gemeinschaftspolitiken zur Sicherung des Zusammenhalts ein Mass an Kohärenz bestehen, damit alle Arten von Ungleichheiten berücksichtigt und eine Annäherung des Entwicklungsstands erreicht wird.

33. Der Aufbau Europas darf sich aber nicht nur auf die wirtschaftliche und soziale Dimension beschränken. Wir unterstützen daher die sowohl von der Kommission und dem Europäischen Parlament als auch vom Europarat im kulturellen Bereich ergriffenen Initiativen. Die Entwicklung einer gemeinsamen Politik in bezug auf das hochauflösende Fernsehen und die Fernsehnetze wie auch die Schaffung eines Europäischen Rats für Fernsehen und audiovisuelle Produktion sind wichtige Schritte auf diesem Weg.

Wir wollen die Qualität von Programmen und Sendungen verbessern und die Informations- und Meinungsfreiheit als wesentliches demokratisches Recht gemeinschaftsweit gewährleisten.

Der Reichtum Europas liegt sowohl in seiner kulturellen Vielfalt als auch in seinem universellen Anspruch, beides gilt es zu bewahren und zu entwickeln. Daher müssen auch die Sprache und Kultur von Minderheiten geschützt und diesen der Zugang zu den Medien erleichtert werden.

Wenn Europa sich für die Zukunft rüstet, muß es seiner Jugend die Möglichkeit geben, ihre eigene Zukunft aufzubauen. Deshalb sollten alle Initiativen, die bei den jungen Menschen das Gefühl einer europäischen Identität stärken, ausgebaut werden. Auch europaweite Sportveranstaltungen sind für den Aufbau Europas von Nutzen.

34. Für die Sozialdemokraten ist das soziale Europa ein grundlegendes Element für den Aufbau des Europas der Bürger. Die Europäische Sozialcharta ist sein Fundament und sollte als solches von allen Gemeinschaftsstaaten anerkannt werden.
35. Von ihr ausgehend muss eine gemeinsame Sozialgesetzgebung erarbeitet werden, die die Grundlagen der wirtschaftlichen Demokratie, den sozialen Schutz, die Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz, die berufliche Gleichbehandlung und die Chancengleichheit von Frauen und Männern, die Freizügigkeit und die gegenseitige Anerkennung von Diplomen und beruflichen Qualifikationen und die Rechte der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Angehörigen definiert.
36. Wir Sozialdemokraten unterstützen die wirtschaftliche Demokratie, der im wesentlichen folgende Prinzipien zugrunde liegen: Mitwirkung der Arbeitnehmer und ihrer Vertreter an den Unternehmensentscheidungen ; das Recht auf Information, Konsultation und Verhandlung über alle die Arbeitsorganisation und die Arbeitsbedingungen betreffenden Probleme; Beteiligung der Arbeitnehmervertreter (auf regionaler, einzelstaatlicher und gemeinschaftlicher Ebene) an der Abstimmung über und die Aufstellung von sektoriellen und regionalen Entwicklungsprogrammen.
37. Die Entwicklung des Dialogs zwischen den Sozialpartnern im Rahmen der Gemeinschaft muss ein grundlegendes Element des sozialen Europas sein. Die Sozialpartner müssen Verhandlungen aufnehmen, um die Stellung der multinationalen Unternehmen zu regeln, Mindeststandards für die verschiedenen Berufsgruppen festzulegen, Fälle von unlauterem Wettbewerb zu vermeiden und zu einer solidarischen Verhandlungslösung kommen.  
 Alle europäischen Bürger haben Anspruch auf ein ordentlich funktionierendes System der sozialen Sicherheit. In Übereinstimmung mit der Einheitlichen Europäischen Akte treten wir für die Verbesserung des Niveaus der sozialen Sicherheit in allen Ländern der EG ein, die, wenn erforderlich, im Sinne des sozialen Fortschritts auch durch eine Angleichung nach oben angestrebt werden muss.  
 Wir betonen die Dringlichkeit, in Richtung dieses sozialen Zieles voranzukommen, denn gerade hier ist der Einigungsprozess am wenigsten weit fortgeschritten. Wenn man vom künftigen Wohlstand spricht, muß auch berücksichtigt werden, daß die Früchte des Wachstums gerecht verteilt werden müssen. Daher bekräftigen wir erneut, dass wir für die Erhaltung und die Stärkung des Sozialstaats eintreten.

38. Die soziale Gleichstellung und die Nichtdiskriminierung der Frau sollten ein fester Bestandteil des sozialen Europas sein, für das wir arbeiten.

Die Schaffung eines freien Binnenmarktes wird sich für die Frauen nicht unbedingt positiv auswirken. Damit auch die Frauen die Freizügigkeit in der Gemeinschaft nutzen können, muss ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit gewährleistet sein. In allen Ländern der Gemeinschaft sollte man ein vernünftiges Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen, Familienbeihilfen usw. vorfinden.

Das soziale Europa, für das wir kämpfen, muss sowohl für Männer als auch für Frauen sozial sein.

Um dieses Ziel zu erreichen brauchen wir

- die Umsetzung der bestehenden Richtlinien über die Gleichberechtigung der Frau ;
- Fortschritte bei den Richtlinienentwürfen über Teilzeitarbeit, flexible Arbeitszeit, Elternurlaub usw ;
- eine Richtlinie zur aktiven Frauenförderung ;
- verbesserte Berufsausbildung und die Wiedereingliederung von Frauen ins Berufsleben ;
- eine Verbesserung der Lage der Frauen ausländischer Arbeitnehmer ;
- den Kampf gegen sexuelle Belästigung und Gewalt gegenüber Mädchen und Frauen ;
- gleiche Vertretung von Männern und Frauen in allen Parlamenten, Regierungen und Institutionen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene sowie in den Entscheidungsgremien der Parteien.

39. Alle europäischen Bürger mit Wohnsitz in der Gemeinschaft sollen bei Europawahlen das Wahlrecht haben. Ausländische Arbeitnehmer, die eine gewisse Zeit in einem Land leben, sollen das Recht haben, in Städten und Gemeinden am politischen Leben teilzunehmen.

Wir Sozialdemokraten kämpfen auch weiterhin gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, die eine faschistische und rückschrittliche Bedrohung unserer Demokratien sind. Europa muss ein Ort des politischen Asyls, der Toleranz und der Freiheit bleiben.

In Übereinstimmung mit der Feierlichen Erklärung der drei Gemeinschaftsinstitutionen vom 11. Juni 1986 appellieren wir an alle Bürger Europas, jede Form von Ausgrenzung und Diskriminierung von Nicht-Gemeinschaftsbürgern, die in unseren Mitgliedstaaten wohnen, zurückzuweisen.

40. Wir glauben nicht, dass systematische Deregulierung und Sozialabbau nur weiterbringen. Sie können nur zu einer noch grösseren Ungleichheit und neuen Formen der Armut führen, die Gegensätze in unseren Gesellschaften verstärken und die soziale Kohäsion zerstören.

Der Aufbau eines Europas ohne Grenzen erfordert eine aktive Politik der Solidarität und der sozialen Verantwortung gegenüber dem Gemeinwesen.

41. Wir wollen ein bewohnbares Europa, in dem wirtschaftliche Entwicklung und Schutz der Natur miteinander in Einklang gebracht werden.

Das Ausmass der jüngsten Umweltkatastrophen und die fortgesetzte Umweltverschlechterung haben deutlich gemacht, dass der EG auf diesem Gebiet eine entscheidende Rolle zukommt.

Die Verwirklichung des Binnenmarktes eröffnet die Möglichkeit, in allen Ländern der Gemeinschaft die höchstmöglichen Standards zum Schutz der Umwelt sowie der Gesundheit und Sicherheit aller Bürger einzuführen und umzusetzen.

42. Trotz der Tatsache, dass eine grosse Zahl von Abkommen zum Schutz der Natur geschlossen worden sind, verschärfen sich die Probleme weiter, weil die Schadstoffemissionen zunehmen, aber auch weil diese Abkommen nicht wirksam genug sind. Es fehlen verbindliche Abkommen. Die Verschmutzung hält nicht an den nationalen Grenzen an, deswegen kann eine nationale Umweltschutzpolitik auch nicht allein mit dem ganzen Ausmass des Problems fertigwerden. Es erfordert eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit nicht nur auf Gemeinschaftsebene, sondern auch zwischen der Gemeinschaft und der EFTA und auch zwischen West- und Osteuropa.

43. Dazu gehören solch wichtige Probleme wie

- die Klimaveränderung : Massnahmen gegen den Treibhauseffekt, der durch Kohlendioxid und andere Stoffe hervorgerufen wird, die die Temperatur der Erdatmosphäre ansteigen lassen ;
- der Schutz der Ozonschicht : die FCKW-Emissionen in die Erdatmosphäre müssen drastisch verringert werden, damit sich die Ozonschicht über der Antarktis erneuert ;
- die Erstellung eines wissenschaftlichen Programms zur besseren Erforschung der Ozonschicht in der Stratosphäre ;
- die Luftverschmutzung : Verringerung der Schwefeldioxid- und Stickoxidemissionen aus Grossfeuerungsanlagen und der Abgase aus PkW und LkW und verstärkte Einführung von bleifreiem Benzin ;
- die Erhaltung der biologischen Ressourcen der Weltmeere ;
- der Gewässerschutz und Massnahmen zur Minimierung der Schäden an der Meeresumwelt und der Verschmutzung durch Einleiten von Abfällen ins Meer, besonders von Giftmüll aller Art vom Lande aus, u.a. durch einen kontrollierten und begrenzten Einsatz von Düngemitteln ;

- Umweltkatastrophen : Aufstellung gemeinsamer Sicherheitsvorschriften und Einrichtung eines Frühwarnsystems ;
- Forschung und Entwicklung : Förderung von umweltverträglichen Technologien, die weitere Verschmutzungen verhüten und einer Politik zur Förderung der Wiederverwendung oder des Recycling von Abfällen ;
- Massnahmen zur Bekämpfung und Verhütung der Gefahren der Versteppung vieler Regionen Europas durch Erosion und Waldbrände ;
- Die Verhinderung radioaktiver Emissionen und die Annahme allgemein anerkannter Standards für die Beseitigung und Lagerung nuklearer Abfälle.

44. Die Umweltprobleme in den Ländern Osteuropas haben zugenommen, aber auch das Bewusstsein von der Dringlichkeit einer dauerhaften Lösung. Deshalb ist eine stärkere technologische Zusammenarbeit zwischen Westeuropa und den Ländern Osteuropas eine Notwendigkeit.
45. Auf dem Gebiet des Umweltschutzes müssen neue Formen der Zusammenarbeit, die ein Projekt in grossem Massstab betreffen und wie im Falle von EUREKA viele Länder umfassen, entwickelt werden. So könnten die Beteiligung der EG-Länder wie auch der EFTA-Länder an Projekten sichergestellt und spezifische Umweltprobleme effizienter gelöst werden.
46. Aus diesen Gründen schlagen wir zur Unterstützung der nationalen, regionalen und lokalen Anstrengungen ein europäisches Forschungsprogramm für den Umweltschutz vor, das die Hauptprobleme Mittel- und Nordeuropas (Saurer Regen, Waldsterben, Nordseeverschmutzung) ebenso behandelt wie die spezifischen Probleme der südlichen Länder (Erosion, Gefahr der Versteppung, Verschmutzung des Mittelmeeres).
47. Dieses Programm macht die Fortsetzung der Politik des Energiesparens und die gezielte Förderung von umweltverträglichen Energiequellen erforderlich.
- Wir schlagen die Schaffung einer unabhängigen Gemeinschaftsagentur zur Umweltüberwachung vor.
48. Wir wollen ein demokratisches Europa mit Institutionen, die in Übereinstimmung mit den grundlegenden Werten der parlamentarischen Demokratie stehen.
49. Wir Sozialisten sind der Auffassung, dass man auf dem Weg zur Europäischen Union, so wie sie in der Einheitlichen Akte definiert ist, nur vorankommt, wenn die europäischen Bürger und ihre gewählten Vertreter an den Entscheidungsprozessen mitwirken.

Die Verwirklichung der Einheitlichen Akte ebnet den Weg für ein demokratischeres und effizienteres Funktionieren der Institutionen.

Nach der Beilegung der Finanz- und Haushaltsstreitigkeiten können wir unsere Anstrengungen auf die wirklichen Prioritäten richten.

Die rasche Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Weltlage zeigt uns, wie notwendig es ist, die Gemeinschaft zu stärken.

Dies muss die Aufgabe aller und eines jedes einzelnen Mitgliedstaates sein.

Die Ziele, die wir uns für 1992 gesetzt haben, werden mit Sicherheit zu noch stärkerem Meinungsaustausch innerhalb der EG führen.

Die Schaffung des Binnenmarktes stellt eine tiefgreifende Umstrukturierung der wirtschaftlichen Macht dar. Daher ist es notwendig, die demokratischen Kontrollmechanismen zu stärken, um sicherzustellen, dass die Interessengruppen nicht übermässig viel Macht auf Kosten der Bürger und ihrer gewählten Vertreter anhäufen. Absolut vorrangig ist, den rechtlichen Rahmen und die Institutionen so zu ergänzen, dass die Gemeinschaftsbehörde das Allgemeininteresse verteidigen kann.

50. Mit dem Näherkommen des Zieles 1992 haben Ausmass und Tempo der Entscheidungen in der EG zugenommen und die vorhandenen Mängel in den demokratischen Verfahren der Gemeinschaft deutlich gemacht. Diese Mängel liegen sowohl bei den einzelnen Institutionen der EG und ihren Beziehungen untereinander als auch auf nationaler Ebene.

Bedauerlicherweise wurde der Verlust an Kontrolle der einzelstaatlichen Parlamente nicht durch eine Erhöhung der Verantwortlichkeiten des Europäischen Parlaments ausgeglichen. Demokratischer Prüfstein der Gemeinschaft ist die Achtung der parlamentarischen Demokratie, die als System die Geltung des Gesetzes und der Bürgerrechte auf die sicherste Weise garantiert.

Wir Sozialdemokraten treten für eine effiziente Arbeitsweise der europäischen Institutionen ein. Die Demokratisierung der Gemeinschaft wird von den Institutionen Anstrengungen verlangen und ein besseres Gleichgewicht zwischen den Institutionen erfordern. Kein Bereich der EG-Politik darf von der parlamentarischen Kontrolle ausgenommen sein. Das Europäische Parlament muss bei der Kontrolle der Entscheidungen und im Entscheidungsprozess der Gemeinschaft eine Schlüsselrolle spielen.



51. Wir bekräftigen daher, dass die in der Einheitlichen Akte vorgesehenen Veränderungen sowie die Realisierung des Zieles 1992 Fortschritte auf der institutionellen Ebene der Gemeinschaft notwendig machen.

Vorrangige Aufgabe des neu gewählten Parlaments wird sein, die Grundlage der Reformen vorzubereiten. Das Parlament hat die Einheitliche Akte ermöglicht mit dem Entwurf eines Vertrages zur Politischen Union von 1984 ; jetzt hat es die Pflicht und Verantwortung, den demokratischen Grundstein für die nächste Stufe zu legen.

52. Die politische Wirklichkeit der europäischen Institutionen geht von einer zweifachen demokratischen Legitimation aus : der nationalen, die sich im Rat darstellt, und der gemeinschaftlichen, die im Parlament und in der Kommission verkörpert ist.

Das Fortschreiten im Prozess der Europäischen Union muss von der Anerkennung dieser zweifachen Legitimation ausgehen. Daher ist die Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und den Parlamenten der Mitgliedstaaten unbedingt notwendig.

Ebenso ist die Unterstützung der politischen und sozialen Kräfte wie auch der Bürger im allgemeinen von grundlegender Bedeutung. Daher begrüßen wir die verschiedenen öffentlichen Initiativen, Veranstaltungen und Konsultationen zugunsten der Europäischen Union. Das wichtigste Ereignis in diesem Zusammenhang ist die Wahl des Europäischen Parlaments im Jahre 1989.

53. Wir Sozialdemokraten setzen uns für die Arbeit des nächsten Parlaments folgende grundlegende konstitutionelle Ziele :

- Stärkung der Macht und demokratische Legitimation der Kommission durch deren Investitur durch das Europäische Parlament bei Amtsantritt ;
- schrittweise Einführung eines Beteiligungs-Systems, in dem Parlament und Ministerrat tatsächlich gemeinsam Entscheidungen in allen Bereichen der Gemeinschaftsgesetzgebung treffen ; dazu sollte das durch die Einheitliche Akte begründete Verfahren der Zusammenarbeit, das z.Zt. jedoch nur für den Themenbereich "Errichtung des Binnenmarktes" gilt, ausgeweitet werden.

Die Ausweitung des Verfahrens der Zusammenarbeit sollte Hand in Hand gehen mit der Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen im Rat.

- Mitwirkung des Parlaments an Entscheidungen über Einnahmen des Gemeinschaftshaushalts als grundlegendes Element politischer Verantwortung. Die Beitragsleistung an die Gemeinschaft muss durch Einführung des Kriteriums der Progression in Übereinstimmung mit der Beitragskapazität der Staaten und der Bürger erfolgen. So können Gerechtigkeit und Zusammenhalt verwirklicht werden.
- Für uns Sozialdemokraten ist die Achtung der interinstitutionellen Vereinbarung vom Juni 1988 über "Haushaltsdisziplin und Verbesserung des Haushaltsverfahrens" ein Prüfstein für die Ernsthaftigkeit bei der Verwaltung der Gemeinschaftsmittel.
- Institutionalisierung der Garantie und des Schutzes der Bürgerrechte im Rahmen der Gemeinschaftsgesetzgebung.

54. Wir Sozialdemokraten sind der Auffassung, dass das vereinte Europa zur Sicherung von Frieden, Freiheit und Entwicklung eine aktive Rolle in der Welt spielen muss.

55. Die Bedeutung Westeuropas in der Friedens-, Sicherheits- und Abrüstungspolitik muss wachsen. Hierzu ist eine noch wirksamere Zusammenarbeit erforderlich. Die Europäische Gemeinschaft muss sich in den grossen Fragen der internationalen Politik für Frieden, Gerechtigkeit, die Achtung der Menschenrechte und eine bessere Entwicklungspolitik einsetzen.

56. Dies erfordert, dass Westeuropa durch stärkere Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik als einem Teil der Aussenpolitik allmählich eine eigene Verantwortung entwickelt. Das Ziel besteht nicht darin, eine neue militärische Supermacht zu schaffen, sondern darin, durch politisches Handeln, diplomatische Initiativen und wirtschaftliche sowie umweltpolitische Zusammenarbeit zur Verringerung von Spannungen und zur Schaffung von Räumen mit mehr Freiheit, mehr Demokratie und mehr Selbstbestimmung in der Welt beizutragen.

Zu diesem Zweck sollte die Gemeinschaft eine konkretere und aktivere Rolle bei der Beilegung von regionalen Konflikten, die Mitgliedsländer oder assoziierte Länder der Gemeinschaft betreffen, spielen und sich z.B. im Falle Zyperns für den Abzug der ausländischen Besatzungstruppen und die Achtung seiner Integrität und Unabhängigkeit einsetzen.

57. Wir sind uns der Bedeutung der Debatte über die WEU bewusst. Ihre Revitalisierung und Erweiterung um zwei Gemeinschaftsländer ist zu begrüßen. Die WEU ersetzt jedoch nicht die Zusammenarbeit in einigen Aspekten der Sicherheitspolitik im Rahmen der EPZ, wie dies in Artikel 30.5 der Einheitlichen Akte vorgesehen ist.

Wir sind der Meinung, dass die WEU neuen Mitgliedern offenstehen muss.

Die Stärkung der Rolle Europas in Fragen der Sicherheit und der Abrüstung muss für eine Politik der Entspannung zwischen Ost und West genutzt werden.

In dieser Debatte muss die besondere Lage Irlands berücksichtigt und sein neutraler Status voll respektiert werden, wie dies in der Einheitlichen Akte seinen Widerhall findet ist.

58. In Europa muss der Abbau der Gegensätze und der Rüstungen Hand in Hand gehen mit dem Aufbau von Vertrauen und Zusammenarbeit. Die Gemeinschaft ist der Kern der friedlichen und freien Union der demokratischen Staaten Westeuropas.

Wir streben auch weiterhin die Schaffung einer europäischen Friedensordnung an, die das Ziel der Schlussakte von Helsinki ist. Ihre Umsetzung kann den KSZE-Prozess zu einem positiven Abschluss bringen.

Wir fordern die Einrichtung eines unabhängigen und unparteiischen Instituts für europäische Sicherheit, das zur Erarbeitung politischer Analysen und zum Informationsaustausch beitragen sollte.

59. In bezug auf unsere Nachbarländer der EFTA begrüßen wir die Fortschritte in Richtung auf eine "Europäische Wirtschaftszone", durch die sie bei Inkrafttreten des Binnenmarktes Ende 1992 in ausgewogener Weise mit der Gemeinschaft verbunden sein werden.

Wir werden jedem Beitrittsge such, das in den nächsten Jahren aus den Reihen unserer Partner aus der EFTA an die Gemeinschaft herangetragen würde, positiv gegenüberstehen.

Die engere Zusammenarbeit zwischen der EG und der EFTA muss in neuen Formen erfolgen, die über Freihandelsabkommen hinausgehen. Dazu gehören auch gemeinsame Anstrengungen für ein soziales Europa und die Lösung der wichtigen Umweltprobleme. Diese Beziehung muss unter Beachtung nationaler Sensibilitäten gestärkt werden, damit die Vorteile und Lasten der wirtschaftlichen, industriellen und politischen Zusammenarbeit gesteigert und gemeinsam genutzt werden können.

60. Als Sozialdemokraten und Sozialisten können wir die Teilung Europas nicht als unabänderliche Tatsache hinnehmen. Wir wollen die Barrieren, die die Völker Europas trennen, überwinden. Das wirksamste Mittel hierzu ist die Förderung der Zusammenarbeit und die Entwicklung der politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und menschlichen Beziehungen mit allen Staaten und Völkern Osteuropas.

Die Aufnahme von Beziehungen zwischen der EG und dem RGW ist ein historischer Schritt, der allen Nutzen bringt. Das Wachstumspotential der RGW-Länder ist bedeutend, wenn sie dazu fähig sind, den angekündigten Prozess tiefgreifender wirtschaftlicher und sozialer Reformen voranzutreiben. Der Erfolg dieser Reformen liegt im Interesse aller.

In diesem Zusammenhang hat die praktische Umsetzung aller Elemente der Schlussakte von Helsinki grundlegende Bedeutung. Jede Verbesserung im Hinblick auf die innere Demokratie und die Achtung der Menschenrechte in Osteuropa wird zu einer Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen innerhalb Europas führen. Dies gilt sowohl für die Regierungen als auch für den Dialog mit allen politischen Kräften der Länder Osteuropas, die für politische und wirtschaftliche Reformen im Sinne von mehr Demokratie und Pluralismus eintreten.

61. Das System der nuklearen Abschreckung ist heute ein Element im militärischen Sicherheitssystem Europas. Unser langfristiges Ziel bleibt aber die Überwindung des Systems der gegenseitigen Abschreckung durch den Abbau der Rüstungen und der Gegensätze im Rahmen einer europäischen und weltweiten Friedensordnung.

Solange es Nuklearwaffen gibt, dürfen sie nur Instrumente der Abschreckung, nie der Kriegsführung sein. Wir haben uns jedoch dem Ziel verpflichtet, den Umfang und die Bedeutung dieser Komponente zu reduzieren. Insbesondere wünschen wir, daß eine Situation herbeigeführt wird, in der die konventionelle Stabilität beide Bündnisse in die Lage versetzt, alle nicht strategischen Nuklearwaffen abzuschaffen.

62. Wir unterstützen voll den INF-(Intermediate-range Nuclear Forces) Vertrag, der Kategorien von landgestützten nuklearen Mittelstreckenraketen größerer und kürzerer Reichweite beseitigt. Der Vertrag reduziert die kontinentweite nukleare Bedrohung in Europa und Asien. Er verringert die Gefahr nuklearer Erpressung der Nicht-Nuklearwaffenstaaten. Er beweist, daß nukleare Abrüstung möglich ist. Er schafft einen Präzedenzfall für wirksame Verifikation, einschließlich des Prinzips der Vor-Ort-Inspektion und asymmetrischen Streitkräfteabbaus.

Die wirklichen Vorteile des INF-Vertrags hängen davon ab, ob es gelingt, zu ergänzenden Vereinbarungen zu kommen, die eine Struktur bilden, die sich durch Stabilität auszeichnet und ob es gelingt, Kompensationsmaßnahmen zu verhindern, die das Wettrüsten in andere, möglicherweise noch gefährlichere Richtungen umlenken würden. Deshalb widersetzen wir uns Maßnahmen, einschließlich der sogenannten "Modernisierung", die zur Kompensation für die Abschaffung der INF-Raketen führen würden oder einer Umgehung des INF-Vertrages in Geist und Buchstaben. Jetzt ist es Zeit für Verhandlungen und nicht für Modernisierung.

63. Wir unterstützen voll den Abschluß eines START (Strategic Arms Reduction Talks) Abkommens, einschließlich einer 50%-Reduzierung der strategischen Nuklearwaffen der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Über seine eigene Bedeutung für die Zukunft der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen und für das Kappen und Umkehren des nuklearen Wettrüstens hinaus würde ein solches Abkommen dazu beitragen, den INF-Vertrag dadurch zu stabilisieren, daß es schwieriger und teurer würde, ihn de facto zu umgehen, indem ICBM's (Inter-Continental Ballistic Missiles), SLBM's (Submarine-Launched Ballistic Missiles) und SLCM's (Sea-Launched Cruise Missiles) für Ziele in Europa eingeplant werden.

Wir glauben deshalb, daß Begrenzungen und Einschränkungen für nuklear bestückte SLCM's in Zusammenhang mit einem Abkommen über eine 50 % Reduzierung strategischer Waffen vorgenommen werden sollten. Derartige Begrenzungen sind von allgemeiner Bedeutung, um eine weitere Umlenkung des nuklearen Wettrüstens zu verhindern und von spezifischer Bedeutung für den Schutz Europas als ganzes, insbesondere seiner Flanken, gegen die wachsende Bedrohung durch nukleare SLCM's zum Einsatz gegen Landziele.

Wir lehnen eine Ausweitung des Wettrüstens auf der Erde auf den Weltraum völlig ab. Der Weltraum sollte als ein gemeinsamer Bereich für die gesamte Menschheit erhalten bleiben. Jede Waffenstationierung im Weltraum sollte untersagt werden. Die militärische Nutzung des Weltraums sollte auf Beobachtung, Navigation und Nachrichtenübermittlung begrenzt werden. Folglich wenden wir uns gegen das Testen und die Stationierung von Raketenabwehrsystemen im Weltraum. Wir wenden uns gegen die Entwicklung und Stationierung von im Weltraum und nicht im Weltraum stationierten strategischen Raketenabwehrsystemen. Deshalb bestehen wir auf strikte Einhaltung der Bestimmungen des ABM (Anti-Ballistic Missile) Vertrages in Übereinstimmung mit ihrer Interpretation anläßlich der Ratifizierung des Vertrages durch den amerikanischen Senat. Nach unserer Auffassung sollte die offensive Drohung, die von ballistischen Raketen ausgeht, durch Abkommen mit dem Ziel eines beidseitigen Abbaus reduziert werden - anstatt durch einseitige Maßnahmen, die nur unzuverlässigen Schutz bieten, und zu nichts anderem als zu einer weiteren Zunahme offensiver Systeme führen.

Ein diesbezüglicher Fortschritt wird die Bemühungen unterstützen, einen Umfassenden Nuklearen Teststoppvertrag (CTBT) abzuschließen. In diesem Zusammenhang begrüßen wir den Fortschritt in Richtung auf ergänzende Vereinbarungen, welche die Ratifizierung des Vertrages über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche (TTBT) erleichtern würde. Ein Umfassender Nuklearer Teststoppvertrag wäre ein wirksames Mittel, um den Prozeß der nuklearen Modernisierung zu hemmen und weltweite Einhaltung des Nicht-Verbreitungs-Vertrages (NPT) zu bewirken.

64. In den kommenden Jahren werden Verhandlungen über konventionelle Stabilität in Europa von überragender Bedeutung für den Frieden auf unserem Kontinent sein. Das Ziel derartiger Verhandlungen sollte konventionelle Stabilität auf möglichst niedrigem Streitkräfteniveau sein. Die Verhandlungen sollten sich mit den konventionellen Streitkräften der beiden Bündnisse in ganz Europa befassen. Die 23 Nationen der beiden Bündnisse sollten ihre Verhandlungen im KSZE-Rahmen der 35 Nationen führen. Hauptzweck der Verhandlungen sollte es sein, die Stabilität zu stärken. Dies sollte durch asymmetrische Reduzierungen mit dem Ziel gemeinsamer Obergrenzen wesentlich unterhalb des bestehenden Streitkräfteniveaus erreicht werden. Außerdem sollte es vorzugsweise durch Reduktion und Abzug besonders offensiver Fähigkeiten erreicht werden. Doppelt und dreifach nutzbare Systeme sollten wegen ihrer Fähigkeit zum Einsatz nuklearer oder chemischer Waffen von den Verhandlungen nicht ausgeschlossen werden. Ein erstes konventionelles Abrüstungsabkommen sollte Fähigkeiten zum Überraschungsangriff, zu umfassenden Angriffshandlungen und zur Besetzung von Territorium reduzieren. Dies sollte von einer 2. Generation von vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen der KSZE begleitet werden, die so ausgelegt wird, daß sie die Transparenz und Berechenbarkeit bezüglich militärischer Vorkehrungen in Europa verstärken.
65. In Übereinstimmung mit einem Gesamtkonzept, das den Zusammenhang zwischen konventionellen und nuklearen Komponenten unserer Streitkräfteplanung und Verhandlungsstrategie umfaßt, glauben wir, daß Verhandlungen über taktische Nuklearwaffen mit Reichweiten unter 500 km sowie konventionelle Streitkräfte so geführt werden sollten, daß sie jederzeit zur Stabilität in Europa beitragen. Um die Stabilität zu ergänzen und zu unterstützen, glauben wir, daß der Reduzierung und dem Abzug nuklearer Gefechtsfeldwaffen vorrangige Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte. Ihre kurze Reichweite, die geringe Anzahl von Munitionsdepots und ihre Kriegsführungslogik tragen im Krisenfälle zu gefährlicher Instabilität bei. Wir unterstützen die Idee von Korridoren, frei von Nuklearwaffen und von besonders offensiven konventionellen Waffen als vertrauensbildende Maßnahme und als integrales Element einer Stabilitätsordnung in Europa. Nuklearwaffenfreie Zonen in Teilregionen als Elemente einer Gesamtübereinkunft zur Reduzierung der Nuklearwaffen in Europa könnte in ähnlicher Weise zu Stabilität und Sicherheit in ganz Europa beitragen.

Die Streitkräftestrukturen und Strategien oder Doktrinen beider Bündnisse müssen so gestaltet werden, daß sie Angriff ausschließen und Stabilität bewahren. Besondere Aufmerksamkeit sollte gelegt werden auf Umfang, Struktur, Dislozierung und Friedensstationierung von Streitkräften, um eine kohärente Gesamtstruktur, sowohl unter dem Aspekt der Sicherheit als auch der Rüstungskontrolle zu erhalten. Bei

der Entwicklung einer glaubwürdigen militärischen Strategie für die Dauer intensiver Verhandlungen sollten beide Bündnisse die folgenden Prinzipien beachten:

- Sie sollten sich auf Dislozierungen und Vorkehrungen, denen Optionen für Angriffshandlungen innewohnen, konzentrieren und diese soweit wie möglich reduzieren.
- Sie sollten die Gefechtsfeldwaffen dadurch reduzieren, daß sie von nuklearer Artillerie mit den ihnen innewohnenden Gefahren der Präemption und des frühen Einsatzes in einer Krise und Anfangsphasen eines Krieges, Abstand nehmen.

66. Wir drängen auf den Abschluss eines Vertrages über die weltweite Ächtung und Vernichtung von Chemiewaffen unter internationaler Kontrolle. Falls es nicht bald zu einer derartigen Vereinbarung kommt, wird der Vorschlag einer chemiewaffenfreien Zone in ganz Europa an Bedeutung gewinnen.
67. Wir glauben, dass eine vertraglich abgesicherte Reduzierung der Rüstungshaushalte für alle von Vorteil wäre. Die dadurch freigewordenen Mittel könnten zur Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd und zur Befriedigung sozialer Bedürfnisse verwandt werden.
68. Die europäischen Sozialdemokraten und Sozialisten sind der Ansicht, dass die Herausforderung der Zukunft globaler Natur ist. Die Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt muss daher orientiert sein an den Grundsätzen Gerechtigkeit, Solidarität, Frieden und Entwicklung.
69. Wir treten für eine neue Weltwirtschaftsordnung ein. Wir sind der Ansicht, dass die Reform und Stärkung des GATT-Systems eine Verbesserung des Marktes ist. Die jetzige "Uruguay-Runde" muss den Entwicklungsländern einen besseren Zugang zu den Märkten der Industrieländer verschaffen. Ausserdem sollte in die GATT-Regeln eine neue "Sozialklausel" mit dem Ziel der Respektierung der ILO-Mindestarbeitsbedingungen überall in der Welt eingefügt werden. Wir sprechen uns für einen strengeren internationalen Verhaltenskodex für multinationale Gesellschaften, insbesondere für ihre Aktivitäten in den Entwicklungsländern, aus.
70. Wir halten es deshalb für wesentlich, dass die Gemeinschaft im Stande ist, ihre Entwicklungshilfepolitik kohärent als Grunddimension ihrer gemeinsamen Aussenpolitik zu definieren.

Gemäss ihrer eigenen Erfahrung muss sie alle Prozesse regionaler Zusammenarbeit und Integration unterstützen. In dieser Hinsicht ist es sehr wichtig, die europäische Politik der Zusammenarbeit im Hinblick auf den Binnenmarkt von 1992 neu zu konzipieren.

Dies erfordert die Lancierung eines Finanzhilfe-Sofortprogramms zugunsten der Dritten Welt, das von allen entwickelten Ländern in Form von Hilfsprogrammen zu finanzieren wäre, die entsprechend den UN-Resolutionen bis zu 0,7% ihres BSP ausmachen sollten, und dem eine mit den Privatbanken koordinierte Strategie zur Lösung des Schuldenproblems der Dritten Welt zugrunde liegen sollte. Die wichtigsten Leitgedanken wären dabei : Schuldenerlass für die ärmsten Länder, umfassende Umschuldungsverhandlungen, Verlängerung der Laufzeiten und Senkung der Zinssätze.

71. Das Lomé-Abkommen ist als vertragliche Vereinbarung mit mehrjähriger Laufzeit ein Symbol für die Entwicklungszusammenarbeit der Gemeinschaft. Wir glauben, dass es bei seiner Neuverhandlung gelingen wird, die Handelsströme zu stabilisieren, die Hilfe für Langzeitprogramme im Bereich der schulischen und beruflichen Ausbildung zu verstärken und einen Rahmen für regionale Zusammenarbeit zu schaffen.

Die EG muss auch anderen Ländern den Beitritt zum Lomé-Abkommen ermöglichen.

72. Wir dürfen nicht nachlassen, das System der Apartheid zu verurteilen und denen zu helfen, die für seine Abschaffung kämpfen. Die Politik der Sanktionen muss verstärkt werden, um das rassistische südafrikanische Regime zur Änderung seiner verabscheuungswürdigen Prinzipien zu zwingen. Gleichzeitig müssen wir die aktive Unterstützung für die Frontstaaten und die Mitgliedsländer des SADCC (Southern Africa Development Coordination Conference) sowie für den Unabhängigkeitsprozess Namibias fortsetzen.

73. Die Erweiterung der Gemeinschaft hat neue Perspektiven in bezug auf zwei wichtige Regionen eröffnet: den Mittelmeerraum und Lateinamerika.

- Die Gemeinschaft ist heute die wichtigste Macht im Mittelmeerraum. Sie muss ihrer Verantwortung nachkommen und daher vor allem eine gemeinsame Friedenspolitik für den Nahen Osten betreiben, die vom Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes und vom Recht aller Staaten der Region, einschliesslich Israel, ausgeht, in gesicherten Grenzen zu leben. Die Anerkennung Israels und die Ablehnung des Terrorismus, die der Nationalrat der PLO als Vertreterin des palästinensischen Volkes auf seiner Tagung von Algier ausgesprochen hat und seine an die israelische Regierung gerichtete Aufforderung zum Dialog mit den Palästinensern zeigen, ebenso wie die Aufnahme eines direkten Dialogs zwischen der PLO und den Vereinigten Staaten, dass die Voraussetzungen für die Einberufung einer internationalen Nahostkonferenz unter der Schirmherrschaft der UNO Gestalt annehmen.
- Für die Zwischenzeit unterstützen wir den Vorschlag, die besetzten Gebiete internationaler Kontrolle zu unterstellen.



- Die EG muss sich aktiv für eine positive Weiterentwicklung der Situation einsetzen, gleichzeitig ihre humanitäre Hilfe für die Bevölkerung der besetzten Gebiete verstärken und alle Initiativen zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Region unterstützen.
- Es ist besonders wichtig, dass die Länder Nordafrikas trotz der schnellen Bevölkerungszunahme ihr Wirtschaftswachstum erhöhen und ihre soziale Entwicklung beschleunigen können.

Aus diesem Grund unterstützen wir den begonnenen regionalen Integrationsprozess und befürworten den Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der EG und den Ländern des Mittelmeerraums.

- In Lateinamerika unterstützen wir den begonnenen regionalen Integrationsprozess.

Europa muss sich stärker für den Friedensprozess in Zentralamerika engagieren und den politischen Dialog und die Konsolidierung der Demokratie aktiv unterstützen.

Die EG sollte in bezug auf die gegenwärtig im Handel mit den lateinamerikanischen Ländern bestehenden Beschränkungen eine offeneren Politik betreiben. Der Subkontinent hat historische Verbindungen zu der Zwölfer-Gemeinschaft. Daher treten wir für den Abschluss von Präferenzabkommen ein, damit der Handelsaustausch zunimmt und so ein wichtiger Mechanismus im Hinblick auf die Lösung der gegenwärtigen Schuldenkrise in Gang kommt. Auch auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik müssen die Beziehungen intensiviert werden.

74. Die Hälfte der Menschheit lebt in den Entwicklungsländern Asiens, in denen zum Teil allergrösste Armut herrscht. Einer der Schwerpunkte der Gemeinschaft muss daher die Hilfe zugunsten der Länder Südasiens besonders im Bereich der ländlichen Entwicklung sein. Ebenso muss der Ausbau des Handels zwischen den jeweiligen Regionen gefördert werden. Auch die Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und China gilt es zu entwickeln.
75. Wir befürworten auch eine Verstärkung der Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und den anderen demokratischen Industrieländern im Rahmen der OECD. Die Gemeinschaft sollte die Initiative für eine stärkere Koordinierung der makroökonomischen Politik ergreifen, um eine Wiederholung der Rezession der frühen 80er Jahre zu vermeiden und für die Zukunft stabiles Wirtschaftswachstum und ein hohes Beschäftigungsniveau zu sichern.

Wir wollen, daß der Welthandel nach den Regeln des GATT verläuft.

Die Gemeinschaft muss protektionistische Tendenzen bekämpfen und aus diesem Grunde auch einseitige Massnahmen wie das "Omnibus"-Handelsgesetz der Vereinigten Staaten oder die Politik Japans zur Beschränkung des Zugangs zu seinem Binnenmarkt ablehnen.

76. Die Errichtung des Binnenmarktes ist eine Tatsache, die bei unseren wichtigsten Partnern Hoffnung, aber auch Sorge weckt. Europa hat mit der Entscheidung über die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) den ersten Schritt getan, um seinen Willen zur Öffnung unter Beweis zu stellen. Wir Sozialdemokraten glauben, dass wir diesen Weg weiter gehen müssen, wenn wir eine stabile Weltwirtschaftsordnung erreichen wollen.
77. Ein vereintes Europa wird in politischer, finanzieller und weltwirtschaftlicher Hinsicht ein Gleichgewichtsfaktor sein und aktiv an der Gestaltung einer gerechteren und demokratischeren Ordnung mitwirken.
78. Die Europäische Gemeinschaft ist aus einer langen finanziellen und institutionellen Krise gestärkt hervorgegangen. An der Schwelle der 90er Jahre muss sie sich auf noch grössere politische, wirtschaftliche und soziale Herausforderungen einstellen, die mit dem Ziel der Schaffung der Europäischen Union unserer Staaten und Bürger verbunden sein werden.
79. Der jetzige Rhythmus in Richtung auf die politische Einigung muss beibehalten und verstärkt werden. Wir Sozialdemokraten sind der Idee des Europas der Bürger verpflichtet und daher bereit, eine wesentliche Rolle in dieser neuen und mitreissenden Phase der Entstehung der Europäischen Union zu spielen.